

Die Familienunternehmer

Vorweg: **Kurze Beschreibung der Organisation** und ihrer Relevanz (im Lobbypedia-Kontext)

<text>

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform Die Familienunternehmer - ASU

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer

Gründungsdatum 1949

Hauptsitz Berlin

Lobbybüro

o

Lobbybüro <text>

o **EU**

Webadresse www.familienunternehmer.eu

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	2
2.1 Verbindungen	2
3 Finanzen	2
4 Lobbystrategien und Einfluss	2
5 Fallstudien und Kritik	2
6 Weiterführende Informationen	2
7 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

„Die Familienunternehmer – ASU e.V.“ – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer. Die ASU wurde 1949 gegründet und im Mai 2007 in „Die Familienunternehmer – ASU“ umbenannt. Nach eigenen Angaben repräsentiert der Verein verantwortliche Unternehmer, die ihre Firma eigenständig führen, mit ihrem Kapital haften, in ihrer Region verwurzelt sind und motivierend und menschlich mit ihren Mitarbeitern umgehen. Die Familienunternehmer stehen für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Dem Verein gehören etwa 5000 Mitglieder an, die rund 1,7 Millionen Mitarbeiter beschäftigen und einen Jahresumsatz von ca. 315 Mrd. Euro erzielen (Stand: 2010).

Der Verein fordert u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken (= Steuersenkung auf Pump)^[1], keinen Mindestlohn einzuführen^[2] und die Stimmverhältnisse in EZB-Gremien entsprechend der Haftungsübernahme zu ordnen.^[3]

Die politischen Stellungnahmen werden von der Denkfabrik des Vereins, dem Unternehmerinstitut e.V. (UNI) erarbeitet, das sich an den ordnungspolitischen Vorstellungen des radikal-neoliberalen Theoretikers von Hayek orientiert. Dieser lehnt staatliche Maßnahmen zum Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und der Umwelt grundsätzlich ab, weil er in ihnen eine Bedrohung der (unternehmerischen) Freiheit und einen Verstoß gegen die heiligen Gesetze des Marktes sieht. Zwischen dem UNI und den neoliberalen Netzwerken [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)/Hayek Gesellschaft gibt es auch personelle Verflechtungen. Laut Jahresbericht 2009/2010 beschäftigte sich der UNI-Beirat mit den folgenden Themen: Die internationale Finanzkrise als Bedrohung der Freiheit, die Aushöhlung des Eigentums in Abschnitten, die schleichende Kollektivierung der Selbstverantwortung in der Familienpolitik und in der Verbraucherschutzpolitik sowie die freiheitsfeindliche Antidiskriminierungspolitik. Sowohl die letzten Jahre von Rot/Grün als auch der Großen Koalition hätten punktuelle Verluste an persönlichen Freiheitsrechten und Einschränkungen des Eigentums erbracht.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder, Mitgliederorganisationen (Verbände) Organisationsstruktur, Rechtsform, zentrale Entscheidungsgremien, Sitz und Lobbybüros der Organisation
wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Präsidium oder Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)

Verbindungen

Mitgliedschaften in anderen Organisationen, Kooperationen o.ä.

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder erkennbare Konstanten, Einflussstrategien Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
2. ↑ [Pressestatement vom 31. Oktober 2011: Familienunternehmer zur CDU-Mindestlohndebatte: Politische Löhne schaden weit mehr als sie nützen](#)
3. ↑ [Pressestatement vom 31. Oktober 2011: Familienunternehmer zu Amtsantritt Mario Draghis: Anleihekäufe stoppen und Stimmverhältnisse in EZB-Gremien entsprechend Haftungsübernahme ordnen.](#)